



Bundesministerium
der Verteidigung

Bericht über Sachstand und Fortschritt der Strategischen Liegenschaftsreserve

Inhalt

I.	Hintergrund und Notwendigkeit	5
II.	Prozessdarstellung	6
	A. Ausgangssituation	6
	B. Moratorium	6
	C. Kommunikation	7
	D. Bezeichnungsverfahren	8
	E. Strategische Liegenschaftsreserve	8
	F. Bauliche Herrichtung und Nutzung	9
III.	Beauftragter des Geschäftsbereichs BMVg für die Steuerung und Koordination der Strategischen Liegenschaftsreserve	10
IV.	Standortdialoge, Standortgespräche und erzielte Fortschritte	10
V.	Konversionsinteressen der Kommunen	13
VI.	Externe Liegenschaften	13
VII.	Prozessfortschritt	14
	A. Erkundungen	14
	B. Eingeleitete Standortgespräche	14
	C. Überführung in die Strategische Liegenschaftsreserve	15
	D. Weitere für das Moratorium identifizierte Liegenschaften	15
	E. Aus dem Moratorium bereits freigegebene Liegenschaften	15
VIII.	Weiteres Vorgehen	16
IX.	Fazit	17
X.	Anlagen	18
	Anlage 1: Initial betroffene Moratoriumsliegenschaften	18
	Anlage 2: Im ersten Halbjahr identifizierte zusätzliche Moratoriumsliegenschaften	26
	Anlage 3: Bis Juli 2026 freigegebene Moratoriumsliegenschaften	28

I. Hintergrund und Notwendigkeit

Die verschärfte Sicherheitslage und das Ziel der Bundesregierung, die Bundeswehr zur konventionell stärksten und technologisch führenden Armee in Europa auszubauen, erfordert einen deutlichen materiellen und personellen Aufwuchs. Als wesentliche Voraussetzung hat das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) Ende 2025 begonnen, infrastrukturelle Grundlagen für diesen Aufwuchs zu schaffen. So besteht ein massiver Flächen- und Infrastrukturbedarf, den es in den kommenden Jahren zu decken gilt. Da der personelle, materielle und infrastrukturelle Aufwuchs parallel erfolgt, kann das BMVg den genauen Umfang des künftigen Infrastrukturbedarfs gegenwärtig noch nicht abschließend bestimmen.

Das BMVg hat daher gemeinsam mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) im Oktober 2025 den in den frühen 1990er Jahren begonnenen und in den 2010er Jahren beschleunigten Prozess der Umwandlung militärisch genutzter Liegenschaften hin zu einer zivilen Nutzung Dritter (Konversion) zunächst ausgesetzt. Da es in der von der Bundeswehr benötigten Größenordnung außerhalb des BImA-Portfolios kaum Alternativen gibt, war diese Entscheidung alternativlos. Denn würden geeignete Liegenschaften möglicherweise nicht erkannt und verkauft, stünden sie bei einem tatsächlichen militärischen Infrastrukturbedarf nicht mehr zur Verfügung. In der Folge müssten verkaufte Liegenschaften im Landbeschaffungsverfahren ggf. von den neuen Eigentümern teuer zurück erworben werden. Als letzte Alternative müssten die Besitzer in einem langwierigen Prozess enteignet werden.

II. Prozessdarstellung

A. Ausgangssituation

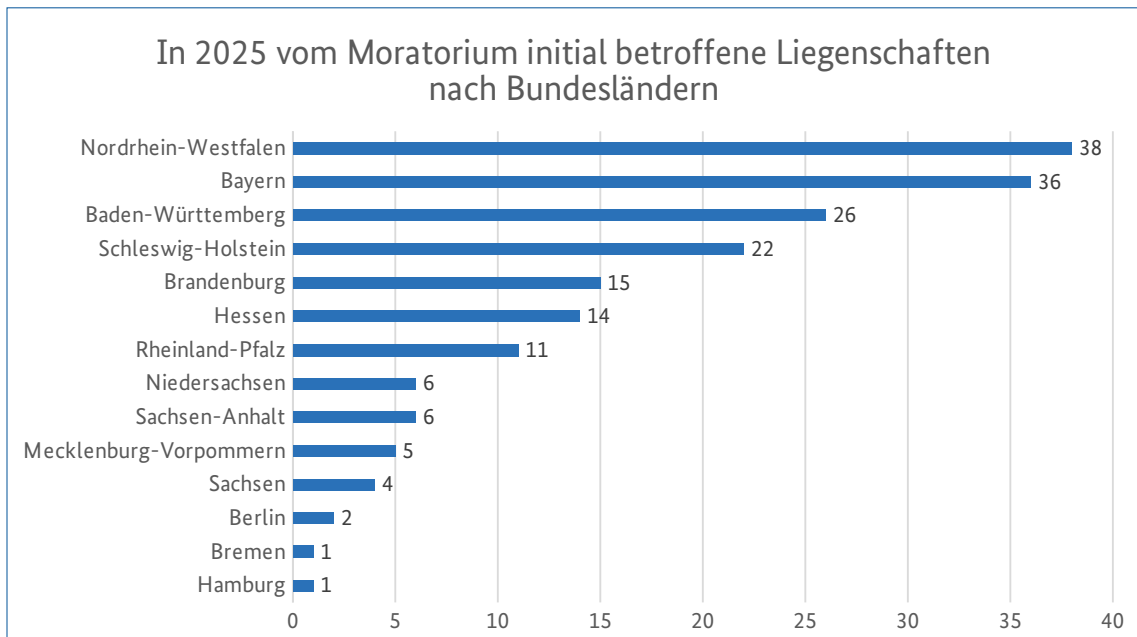
Als Immobiliendienstleisterin des Bundes verfügt die BImA über ca. 11.000 Liegenschaften. Die meisten dieser Liegenschaften stehen der Bundeswehr für ihren infrastrukturellen Aufwuchs nicht zur Verfügung, da sie z.B. durch andere Ressorts genutzt werden.

In 2025 entwickelte das BMVg mit der BImA ein gemeinsames Verständnis über die Liegenschaften, die die Bundeswehr für ihren Aufwuchs benötigt. Insbesondere Größe, Lage und Beschaffenheit der Liegenschaften wurden vor dem Hintergrund denkbarer zukünftiger Bedarfe als Parameter erörtert. In einem iterativen Prozess meldet die BImA dem Geschäftsbereich des BMVg (GB BMVg) nach entsprechender Filterung die Liegenschaften, welche die vereinbarten Parameter erfüllen und daher für Bundeswehrzwecke geeignet erscheinen. In einem ersten Schritt meldete die BImA der Bundeswehr ca. 300 Liegenschaften. Sofern sich weitere Liegenschaften aus dem Portfolio der BImA als geeignet erweisen, werden auch diese in Betracht gezogen. Gleiches gilt für Flächen Dritter, wenn sie der Bundeswehr angeboten werden und als geeignet erscheinen. Vorrang in der Betrachtung haben aber dabei aus wirtschaftlichen Gründen die Liegenschaften, die sich im Besitz der BImA befinden.

Aus diesem Portfolio wurden in 2025 zunächst 187 Liegenschaften, die sich im Eigentum der BImA befinden, anhand bestehender Liegenschaftssteckbriefe sowie konkreter Parameter identifiziert, die für eine Nutzung durch die Bundeswehr potenziell geeignet erscheinen und somit vom Moratorium umfasst werden. Des Weiteren wurden 13 Liegenschaften der Bundeswehr, entgegen früherer Entscheidungen, nicht aus der Nutzung genommen und somit nicht an die BImA zurückgegeben. Auch diese Liegenschaften werden im Zuge des Moratoriums betrachtet.

B. Moratorium

Die Liegenschaften des Moratoriums verteilen sich auf 14 Bundesländer. Das Saarland sowie Thüringen sind nicht betroffen. Anlage 1 führt alle 187 Liegenschaften auf. Im ersten Halbjahr 2026 von der BImA zusätzlich gemeldete Liegenschaften wurden ebenfalls in den Prüfprozess einbezogen (Kap. 7.4, Anlage 2).



C. Kommunikation

Über die dem Moratorium initial unterliegenden Liegenschaften hat das BMVg im Oktober 2025 den Deutschen Bundestag, die Staatskanzleien der Länder, die Innen- und Wohnungsbauministerien aller Bundesländer, den Deutschen Städtetag sowie den Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie die betroffenen Kommunen informiert.

Sobald sich eine Liegenschaft auf Grundlage von Erkundungen für künftige Bundeswehrzwecke eignet, tauscht sich die Bundeswehr in sogenannten Standortdialogen mit Land, Kommune und weiteren Betroffenen aus. Im Anschluss an die Standortdialoge werden detaillierte Standortgespräche zu den einzelnen Liegenschaften geführt. Ziel ist es, bestehende Konversionsinteressen zu erörtern und eine abschließende Entscheidung über die jeweilige Liegenschaft – möglichst im Einvernehmen mit den betroffenen Stakeholdern – herbeizuführen. In Einzelfällen wurden Standortgespräche vorgezogen durchgeführt. Ein Abschlussdatum der zahlreichen Standortdialoge und Standortgespräche lässt sich zeitlich nicht belastbar prognostizieren, da die Bundeswehr je nach Liegenschaft individuelle Aspekte berücksichtigt und den Gesprächspartnern möglichst keine zeitliche Befristung vorgibt (hierzu s.u. „Standortdialog“). Der Deutsche Bundestag, die Staatskanzleien der Länder, die Innen- und Wohnungsbauministerien aller Bundesländer, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie die betroffenen Kommunen werden über erzielte Ergebnisse informiert.

D. Bezeichnungsverfahren

Im Falle einer Entscheidung, die Liegenschaft durch die Bundeswehr zu nutzen, wird ein Landbeschaffungsverfahren nach dem Landbeschaffungsgesetz (LBG) eingeleitet. Hierzu ist zunächst ein Anhörungsverfahren über die zuständige Landesregierung durchzuführen (§ 1 Abs. 2 LBG). Daran schließt sich das sogenannte Bezeichnungsverfahren nach § 1 Abs. 3 LBG an. Im Bezeichnungsverfahren setzt sich der Bund mit den im Anhörungsverfahren eingebrachten Einwänden auseinander, sofern solche nach Abschluss der Standortdialoge und -gespräche noch vorhanden sein sollten. Zur Bezeichnung wird das Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen hergestellt. Wenn das Einvernehmen erklärt wurde, wird die Bezeichnung gezeichnet und an die zuständige Landesregierung und Gemeinde per Postzustellungsurkunde bekannt gegeben. Wenn innerhalb eines Monats keine Einwände erhoben werden, ist die Bezeichnung rechtskräftig. Die Planungshoheit der Gemeinden erlischt und geht auf die Bundeswehr über; die jeweilige Liegenschaft ist damit militärisch gewidmet, was wesentliche Erleichterungen für das militärische Bauen eröffnet. Das Bezeichnungsverfahren ist aktuell zeitaufwändig und erstreckt sich in der Regel über mehrere Monate. Insoweit streben wir mit dem geplanten Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetz eine Frist zur Stellungnahme mit Genehmigungsfiktion zur Beschleunigung an. Um bei Vorliegen einer konkreten Nutzungsabsicht diese zeitnah realisieren zu können, wird das Bezeichnungsverfahren frühestmöglich eingeleitet. Die Standortdialoge schaffen eine optimale Voraussetzung für ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren.

Mit Abschluss des Bezeichnungsverfahrens geht die Liegenschaft in die Strategische Liegenschaftsreserve (oder bei konkretem Bedarf unmittelbar in die militärische Nutzung) über.

E. Strategische Liegenschaftsreserve

Während einige Liegenschaften aufgrund eines sich konkretisierenden Bedarfes der Streitkräfte unmittelbar in die Nutzung überführt werden müssen (z.B. für den Neuen Wehrdienst und Heimatschutz), kann die Bundeswehr bei anderen Liegenschaften noch keine konkrete Verwendung, sondern nur einen grundsätzlichen Bedarf für den vorgesehenen Aufwuchs, benennen. Prüfkriterium für diese Reserveliegenschaften ist, dass sie für eine künftige militärische Nutzung potenziell geeignet sind.

Die Strategische Liegenschaftsreserve dient somit dem Optionserhalt für den Aufwuchs der Bundeswehr und ermöglicht dem jeweiligen Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt lageabhängig kurzfristig Entscheidungen zu treffen.

F. Bauliche Herrichtung und Nutzung

Ziel ist es, die Liegenschaften der Strategischen Liegenschaftsreserve, deren Nutzung absehbar erforderlich ist, frühzeitig baulich zu ertüchtigen. Auf Grundlage der sich fortentwickelnden Überlegungen zur Verteidigungsaufstellung sind die dafür erforderlichen Annahmen zu treffen, um den zeitgerechten Aufwuchs der Bundeswehr zu ermöglichen und sicherzustellen.

Die für eine Nutzung der Liegenschaft notwendigen Baumaßnahmen können nach Billigung des konkreten militärischen Bedarfes an dieser Liegenschaft, Billigung der entsprechenden Bauunterlage (BAIUDBw sowie ggf. BMF) und einer entsprechenden Priorisierung im Hinblick auf die Beauftragung der jeweils zuständigen Landesbauverwaltung und der Finanzierung umgesetzt werden. Dabei spielt die schrittweise Umsetzung von Baumaßnahmen (allgemeine Herrichtung, Medienerschließung und Baufeldfreimachung) eine besondere Rolle im Hinblick auf die frühzeitige Überführung der Liegenschaft in die Nutzung.

Nachdem sich ein Bedarf der Streitkräfte an einzelnen Liegenschaften der Strategischen Liegenschaftsreserve konkretisiert, werden die sich daraus ergebenden individuellen Bedarfe realisiert und die Liegenschaft in die Nutzung der Streitkräfte überführt.

III. Beauftragter des Geschäftsbereichs BMVg für die Steuerung und Koordinierung der Strategischen Liegenschaftsreserve

Für die Umsetzung des Moratoriumsprozesses hat das BMVg das Organisationselement „Beauftragter des Geschäftsbereichs BMVg für die Steuerung und Koordinierung der Strategischen Liegenschaftsreserve“ (Bea GB BMVg StratLgRes) geschaffen.

Fachlich untersteht es unmittelbar dem Hauptabteilungsleiter Aufwuchs im BMVg.

Der Bea GB BMVg StratLgRes stellt im Rahmen der Schaffung der „Strategischen Liegenschaftsreserve“ die Schnittstelle zu den beteiligten öffentlichen Stellen dar und koordiniert die Zusammenarbeit mit diesen inner- und außerhalb der Bundeswehr in Belangen des Moratoriums und der Strategischen Liegenschaftsreserve.

Dazu erhält der Bea GB BMVg StratLgRes eine aus der Stellung des Hauptabteilungsleiters Aufwuchs abgeleiteten fallbezogene Weisungsbefugnis in infrastrukturellen Fachangelegenheiten zur strategischen Steuerung und Koordinierung aller damit im Zusammenhang stehender Angelegenheiten. Diese Befugnis wird jeweils über die Leitung der Dienststellen und Organisationsbereiche ausgeübt und hierzu das Einvernehmen mit diesen hergestellt.

Bereits seit April 2026 obliegt es dem Bea GB BMVg StratLgRes im Zuge des Moratoriumsprozesses, insbesondere die Standortdialoge und -gespräche mit Ländern, Kommunen und weiteren Betroffenen vorzubereiten bzw. zu führen.

IV. Standortdialoge, Standortgespräche und erzielte Fortschritte

Das BMVg ist sich der mit dem Moratorium verbundenen Bedeutung für die Kommunen und deren etwaiger Planungen sowie der finanziellen Vorleistungen im Rahmen und im Vertrauen auf ursprüngliche Konversionsplanungen samt gegebenenfalls angestrebter städtebaulicher Entwicklungen bewusst. Das BMVg ist daher bestrebt, mit den betroffenen Kommunen einvernehmliche Lösungen zu erzielen. Es sieht mit dem infrastrukturellen Aufwuchs für betroffene Kommunen auch strukturpolitische Chancen. Beispielsweise kann mit den Stationierungen die lokale Wirtschaftskraft gestärkt werden. Dies führt in der Perspektive zu verbesserten Steuereinnahmen von Kommunen. Weitere Chancen sind mögliche Bevölkerungs- sowie Beschäftigungszuwächse und damit wachsende Nachfrage, Erhalt von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und damit Erhöhung der Attraktivität von Gemeinden.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Bundeswehr (Beauftragter) wird mit allen vom Moratorium betroffenen Ländern und Kommunen in einem mehrstufigen Verfahren systematisch Gespräche führen. Die dafür maßgebliche Kommunikationsstrategie sieht dabei vor, dass zunächst der Kontakt und Austausch ausschließlich bilateral mit der jeweiligen Staatskanzlei bzw. dem vom Bundesland festgelegten Ministerium stattfindet. Anschließend bezieht das Organisationselement die betroffenen Kommunen in den Standortdialog mit ein. Im Anschluss folgen sogenannte Standortgespräche mit Kommunen und weiteren Stakeholdern. In den Fällen eines besonderen dringenden militärischen Interesses oder einer nicht aufschiebbaren Konversionsentscheidung der Kommune führt der Beauftragte der Bundesregierung für die Bundeswehr die Standortgespräche mit den Kommunen anlassbezogen vor den Standortdialogen durch. Das BMVg strebt dabei einvernehmliche Lösungen an, wenn sich die vorgesehene militärische Bedarfsdeckung mit den Konversionsinteressen der Kommunen in Einklang bringen lässt.

Denkbare und bereits erprobte Lösungsansätze sind beispielweise gemeinsame Nutzungen durch Aufteilung der betreffenden Liegenschaft, Flächentausch oder temporär befristete Nutzung von Liegenschaften durch Bundeswehr bzw. Dritte.

Soweit sich wegen der Bedarfe der Bundeswehr städtebauliche Überlegungen und planerische Anstrengungen der Kommunen nicht realisieren lassen, gibt es für Entschädigungsleistungen leider keinen rechtlichen Anknüpfungspunkt. Ziel ist es jedoch, einvernehmliche Lösungen zur Flächennutzung mit den Kommunen und anderen Betroffenen zu finden, um strukturelle Entwicklungsperspektiven aufrecht zu erhalten oder neue zu schaffen. Eine sachbezogene Abstimmung mit der BImA im Hinblick auf die Schaffung von Wohnungen für Bundesbedienstete war dabei hilfreich.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Kommunen und weitere Stakeholder auch bei hohem Konversionsinteresse ein großes Verständnis bzgl. der gesamtstaatlichen Herausforderungen aufbringen. Die Gespräche verlaufen bislang stets in vertrauensvoller Atmosphäre und immer mit dem Anspruch, einen größtmöglichen Interessenausgleich zu erzielen:

- Beispielsweise konnten in Mönchengladbach (NRW) das ehemalige NATO-Hauptquartier JHQ, der ehemalige Wegberger Militärkomplex und die ehemalige Niederrheinkaserne einvernehmlich zwischen Bundeswehr, Zoll, Land Nordrhein-Westfalen und Kommune aufgeteilt werden.

- Bei der Weiternutzung der Flächen des ehemaligen Fliegerhorstes in Erding (BY) konnten beispielhaft die Interessen des Bundes, sicherheitsrelevanter Industrie, Land und Kommune im Rahmen zahlreicher Standortgespräche in Einklang gebracht werden. Sowohl die kommunalen Entwicklungsplanungen zum Erdinger Ringschluss als auch Wohnraumprogramme der Kommunen und der BImA, sowie Projekte zur Unterbringung von Geflüchteten können nunmehr parallel zum Aufbau eines Innovations- und Forschungscampus fortgeführt werden.
- Ebenso hat die Bundeswehr mit der Stadt Ellwangen (BW) einvernehmlich beschlossen, dass die Liegenschaft technischer Bereich / Teilfläche Mühlberg zur Konversion freigegeben und der ehemalige Standortübungsplatz Haisterhofen in die Strategische Liegenschaftsreserve überführt wird.
- Bei der Heidelberger Liegenschaft Patrick-Henry-Village (BW) bleibt der städtebauliche Charakter der Konversionsplanungen erhalten, während die Bundeswehr ihre Nutzung in diese integrieren kann.
- Mit der Gemeinde Leck (SH) konnte vereinbart werden, dass die Konversionspläne der Kommune u.a. hinsichtlich einer Nutzung durch die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wieder aufgenommen wurden.
- In Kiel (SH) besteht ein Lösungsansatz, mit dem sich durch avisierte Flächentausche zum einen Wohnraumbau realisieren und zum anderen die Bedarfe der Bundeswehr decken lassen.

Bei den Standortdialogen werden in den Regionen Lösungen unter Berücksichtigung von Wohnungsbaumaßnahmen der BImA angestrebt, wenn durch die Entscheidungen der Bundeswehr der Wohnungsmarkt übermäßig belastet werden würde. So kann – wie zum Beispiel in Sonthofen – der Sorge der Kommunen begegnet werden, dass der angespannte Wohnungsmarkt durch die verstärkte Stationierung der Bundeswehr weiter belastet werden würde.

Auch außerhalb des Moratoriums pflegt die Bundeswehr permanent einen wirtschaftlichen und die Interessen Dritter beachtenden Umgang mit den derzeit genutzten Liegenschaften. So wird mit der Rückgabe der Karlsruher Liegenschaft Rintheimer Querallee an die BImA, eine Nutzung durch die Bundespolizei möglich.

V. Konversionsinteressen der Kommunen

Stand und Ziel der Prozesse zur Konvertierung der von dem Moratorium umfassten Liegenschaften sind, soweit sie bereits angestoßen waren, uneinheitlich. Zum Teil befanden sich die städtebaulichen Überlegungen noch in der Anfangsphase, zum Teil waren aber auch schon förmliche bauplanungsrechtliche Verfahren initiiert. Dies gilt entsprechend für die mit den Konversionsprozessen verfolgten Absichten der Kommunen, die von der bloßen Umsetzung einzelner infrastruktureller Maßnahmen bis hin zur beabsichtigten Entwicklung ganzer neuer Stadtviertel reichen. Insoweit ist jede Liegenschaft individuell zu betrachten, um die Interessen der Städte und Gemeinden angemessen in den Prozess der Bildung einer Strategischen Liegenschaftsreserve miteinzubeziehen. Zwar sind die Bedarfe der Bundeswehr im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung nicht disponibel, allerdings können häufig Formen eines räumlichen und strukturellen Interessenausgleichs relativiert werden. Dies schließt bei Bedarf die Länder mit ein und soll einem positiven Verhältnis zwischen Bundeswehr und Standortkommune dienen.

VI. Externe Liegenschaften

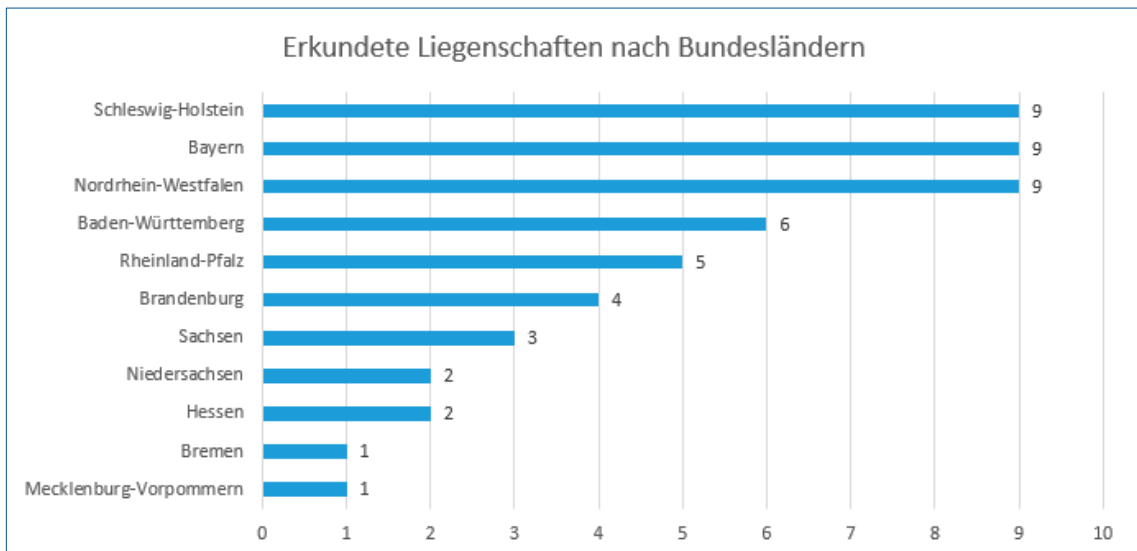
Der Bea GB BMVg StratLgRes betrachtet zur Deckung des Flächen- und Liegenschaftsbedarfes der Bundeswehr zunächst die Flächen, die sich im Eigentum der BImA befinden. Erst nach Abschluss dieser Überprüfung prüft er ggf. Liegenschaftsangebote Dritter. Erforderlich ist dabei das Bestehen eines konkreten (nicht nur perspektivischen) Bedarfes an der betreffenden Liegenschaft. Besonders interessant sind dabei erschlossene Flächen mit einer Größe von mehr als 25 ha in attraktiver Lage. Hinzukommen können im Einzelfall Liegenschaften, die aufgrund von Lage, Potenzial und spezifischem militärischen Bedarf von den Streitkräften zwingend benötigt werden (Kiel-Holtenau als Beispiel).

VII. Prozessfortschritt

A. Erkundungen

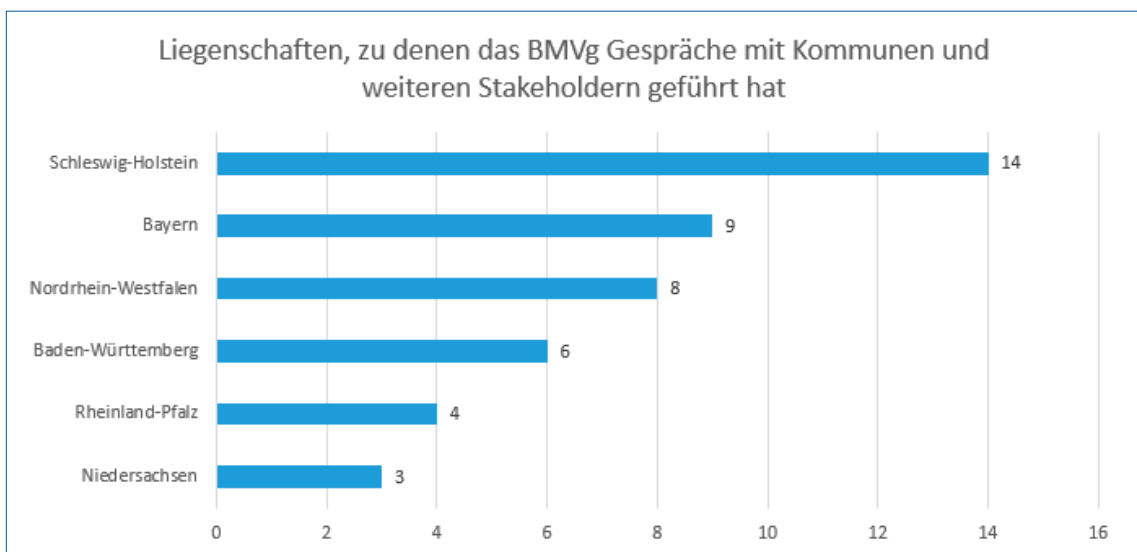
Die Liegenschaften des Moratoriums werden im Rahmen des in Ziff. 3 dargestellten Prozesses seit Oktober 2025 systematisch geprüft.

Insgesamt wurden bereits über 50 Liegenschaften erkundet und abschließend bewertet.



B. Eingeleitete Standortgespräche

Zu über 40 Liegenschaften hat das BMVg bereits Gespräche mit Kommunen und weiteren Stakeholdern geführt.



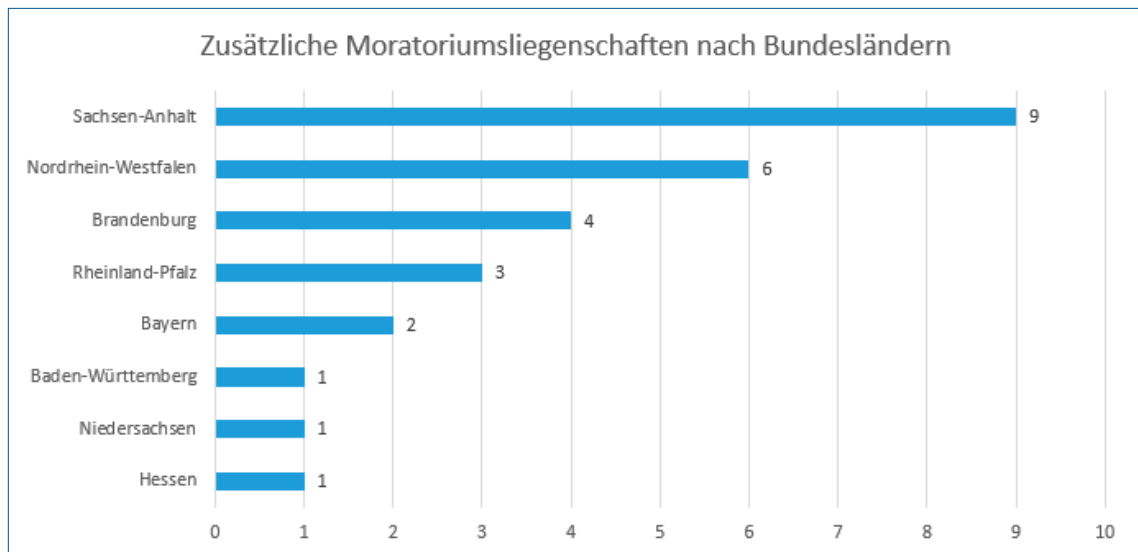
C. Überführung in die Strategische Liegenschaftsreserve

Bislang hat das BMVg noch keine Liegenschaft in die Strategische Liegenschaftsreserve überführt. Der Bea GB BMVg StratLgRes konnte jedoch die aktive und schnelle Nutzung von Liegenschaften für den Neuen Wehrdienst positiv begleiten.

D. Weitere für das Moratorium identifizierte Liegenschaften

Seitens der BImA wurden in einem iterativen Prozess seit Oktober 2025 weitere Liegenschaften für das Moratorium identifiziert und an das BMVg gemeldet. Auch diese Liegenschaften werden durch die Bundeswehr erkundet und der Bea GB BMVg StratLgRes führt diesbezüglich Gespräche mit Kommunen und weiteren Stakeholdern.

Im Zuge der weiterführenden Betrachtung wurden 27 Liegenschaften in acht der bislang 14 betroffenen Bundesländer identifiziert, die nach Aktenlage potenziell für Bundeswehrzwecke geeignet sind (s. Anlage 2).



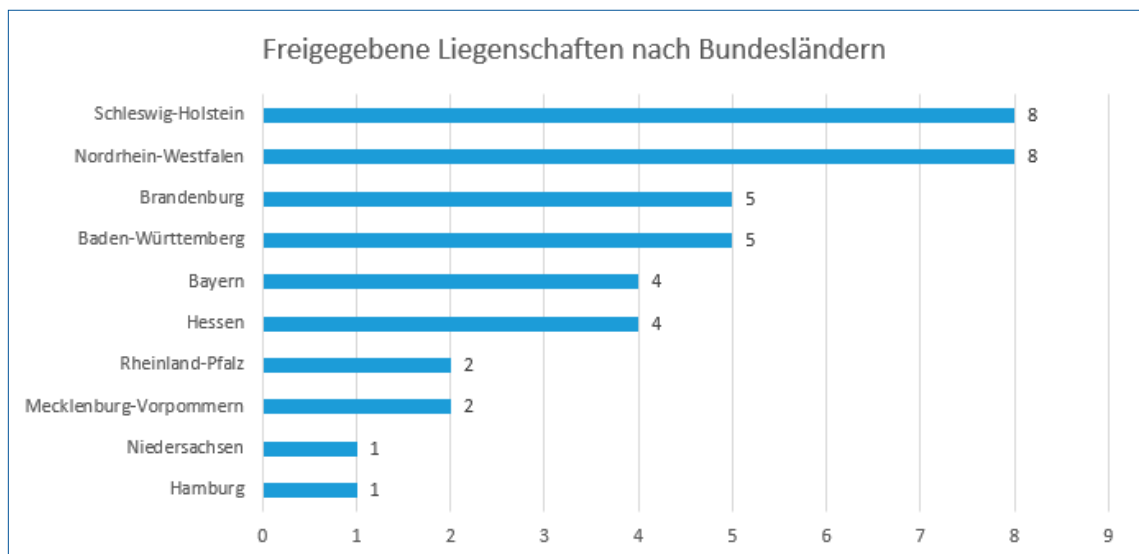
In einem nächsten Schritt wird die Bundeswehr auch diese Liegenschaften erkunden und über den Bea GB BMVg StratLgRes die Kommunen und weitere Betroffene kommunikativ eng einbinden.

E. Aus dem Moratorium bereits freigegebene Liegenschaften

Aufgrund der bisherigen Erkundungen sowie der sich weiter konkretisierenden Bedarfe konnte bereits ermittelt werden, dass – auch unter Berücksichtigung der Interessen der Kommunen und weiterer Stakeholder – 40 Liegenschaften für Zwecke der Bundeswehr nicht benötigt werden. Diese Liegenschaften gibt die Bundeswehr wieder für die Konversion frei (s. Anlage 3).

Das Bundesland Hamburg wird nach der Freigabe der einzigen Moratoriumsliegenschaft Hamburgs künftig nicht mehr vom Moratorium betroffen sein.

Auch dieser Stand entspricht einer Momentaufnahme zum Stand Juni 2026. Die Zahl der freizugebenden Liegenschaften wird sich kontinuierlich aktualisieren. Sobald dies feststeht, werden die lokal betroffenen Stakeholder darüber informiert.



VIII. Weiteres Vorgehen

Bis Ende 2026 werden die vom Moratorium betroffenen Liegenschaften vor Ort erkundet und vor dem Hintergrund der sich konkretisierenden Bedarfe hinsichtlich einer möglichen künftigen Nutzung durch die Bundeswehr infrastrukturell bewertet. Gleichzeitig konkretisieren die Streitkräfte sukzessive ihren Bedarf hinsichtlich der Nutzung bestimmter Liegenschaften.

Parallel werden die noch nicht durchgeführten Standortdialoge und -gespräche geführt, um den avisierten Interessenausgleich mit den betroffenen Kommunen zu erreichen.

Im Ergebnis dieser Untersuchungen und Gespräche werden die Liegenschaften des Moratoriums, die sich für eine künftige Nutzung durch die Bundeswehr eignen, in die Strategische Liegenschaftsreserve überführt. Die Liegenschaften, an denen kein militärisches Interesse besteht, werden umgehend wieder freigegeben. So wird erreicht, dass bis Ende 2026, bis auf gegebenenfalls tiefergehend zu untersuchenden Einzelfällen,

das Moratorium grundsätzlich beendet werden kann. Die weiteren Untersuchungen zur Stationierung der Bundeswehr im Rahmen des Aufwuchses beziehen sich sodann ausschließlich auf die Liegenschaften der Strategischen Liegenschaftsreserve, also jene die eine militärische Eignung und Nutzung aufweisen.

Spätestens im 2. Quartal 2027 wird der Bea GB BMVg StratLgRes einen weiteren Bericht über Sachstand und Fortschritt der Strategischen Liegenschaftsreserve erstatten.

IX. Fazit

Der notwendige Aufwuchs der Streitkräfte sowie der noch nicht abschließend feststellbare Bedarf der Streitkräfte in den späten 2020er und 2030er Jahren erfordert den Aufbau einer Strategischen Liegenschaftsreserve zum Erhalt der erforderlichen Optionen zu lageabhängigen Entscheidungen. Das dargestellte Vorgehen schafft zum einen die Voraussetzungen, um den absehbaren Bedarf der Streitkräfte schnellstmöglich zu decken, zum anderen berücksichtigt es in jedem Einzelfall die kommunalpolitischen Erfordernisse, indem keine Liegenschaft in die Strategische Liegenschaftsreserve überführt wird, ohne dass zuvor detaillierte Gespräche mit Land, Kommune und ggf. weiteren Stakeholdern geführt wurden. Auch aufgrund dieser Gespräche konnten bislang 40 Moratoriumsliegenschaften zur Konversion freigegeben werden.

Im Rahmen dieses dargestellten Prozesses werden die infrastrukturellen Voraussetzungen für den Aufwuchs der Bundeswehr zur größten konventionellen Armee Europas geschaffen und gleichzeitig bei jeder Liegenschaft die Interessen der Länder und Kommunen durch detaillierte Einzelfallprüfungen weitestgehend berücksichtigt. Die bisher geführten Gespräche zeigen eine positive Willkommenskultur gegenüber der Bundeswehr in den Kommunen. Dies unterstreicht, dass die bisherige Vorgehensweise zielführend und erfolgsversprechend ist und so fortgeführt werden sollte. Der Aufwuchs der Bundeswehr wird nicht gegen die Interessen, sondern nur gemeinsam mit den Ländern und Kommunen gelingen.

X. Anlagen

Anlage 1: Initial betroffene Moratoriumsliegenschaften

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
ehem. Kaserne Heid, Kirchstrasse	77855	Achern, Stadt	Baden-Württemberg
Achern, ehem. StOÜbPl	77855	Achern, Stadt	Baden-Württemberg
Schießstand, Rastatter Str. 5	76532	Baden-Baden, Stadt	Baden-Württemberg
Efringen-Kirchen, Engetalstraße 2+4	79588	Efringen-Kirchen	Baden-Württemberg
Ellwangen, Standortübungsplatz (StOÜbPl) Haisterhofen	73479	Ellwangen (Jagst)	Baden-Württemberg
techn. Bereich / Teilfläche Mühlberg	73479	Ellwangen (Jagst)	Baden-Württemberg
ehem. Übungsplatz	72829	Engstingen	Baden-Württemberg
Münsingen, Technischer Bereich Gänsewag	72525	Gutsbezirk Münsingen	Baden-Württemberg
ehem. Patrick Henry Village	69124	Heidelberg, Stadt	Baden-Württemberg
ehem. StOÜPl Horb	72160	Horb am Neckar	Baden-Württemberg
Schießstand	76473	Iffezheim	Baden-Württemberg
Neuenburg-Grißheim, Munitionslager	79395	Neuenburg am Rhein, Stadt	Baden-Württemberg
Hagenholz Gemarkung Wildentierbach	97996	Niederstetten, Stadt	Baden-Württemberg
Schießstand Rammersweier	77654	Offenburg, Stadt	Baden-Württemberg
Schießstand Pforzheim	75175	Pforzheim, Stadt	Baden-Württemberg
ehemalige NIKE Stellung	75175	Pforzheim, Stadt	Baden-Württemberg
Tanklager Huttenheim	76661	Philippsburg-Huttenheim	Baden-Württemberg
Übungsgelände + Zufahrt Schießanlage	76287	Rheinstetten, Stadt	Baden-Württemberg
Ehemaliges Kupfer-/ Munitionslager	74523	Schwäbisch Hall, Stadt	Baden-Württemberg
ehem. Tompkins Barracks	68723	Schwetzingen, Stadt	Baden-Württemberg
ehem. Munitionslager ohne Solarpark	74936	Siegelsbach	Baden-Württemberg
StOÜbPl Sigmaringen	72488	Sigmaringen	Baden-Württemberg
ehem. Graf-Stauffenberg-Kaserne	72488	Sigmaringen	Baden-Württemberg
Munitionslager Schindhau	72072	Tübingen	Baden-Württemberg

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
StoÜbPl Tübingen-Wankheim	72072	Tübingen	Baden-Württemberg
ehem. US-Munitionslager Wertheim	97877	Wertheim, Stadt	Baden-Württemberg
landwirtschaftliches Grundstück Altenstadt	86972	Altenstadt	Bayern
ehem. Heeresmunitionsanstalt / US- Munitionsdepot; Heizzentrale	96050	Bamberg	Bayern
ehem. Heeresmunitionsanstalt / US- Munitionsdepot; Storage Area	96050	Bamberg	Bayern
ehem. Heeresmunitionsanstalt / US- Munitionsdepot; Unterkunftsgebäude	96050	Bamberg	Bayern
ehem. Heeresmunitionsanstalt / US- Munitionsdepot	96050	Bamberg	Bayern
ehem. Munitions-Bunker	96050	Bamberg	Bayern
StOÜbPl Fürstenfeldbruck	82256	Fürstenfeldbruck	Bayern
ehem. Fliegerhorst Fürstenfeldbruck Asyl	82256	Fürstenfeldbruck	Bayern
ehem. Munitionsanstalt	85748	Garching	Bayern
ehem. Patriotstellung Geisenfeld	85290	Geisenfeld	Bayern
ehem. Patriotstellung Geisenfeld Bunkeranlage	85290	Geisenfeld	Bayern
Standortmunitionslager	97261	Güntersleben	Bayern
ehem. Materialaufnahmelager Haader	84082	Laberweinting, Neuhofen	Bayern
ehem. THW OV Mallersdorf	84082	Laberweinting, Neuhofen	Bayern
Forstflächen Haader	84082	Laberweinting, Neuhofen	Bayern
ehem. Munitionshauptdepot, VwBereich Eichbühl	84085	Langquaid	Bayern
ehem. Munitionshauptdepot, Zufahrt Eichbühl	84085	Langquaid	Bayern
ehem. Munitionshauptdepot, Außenfläche Eichbühl	84085	Langquaid	Bayern
ehem. Munitionshauptdepot, Lagerbezirke 1 und 2	84085	Langquaid	Bayern
ehem. Max-Immelmann-Kaserne	85077	Manching	Bayern
ehem. BwDLZ Landsberg Außenstelle Mittenwald	82481	Mittenwald	Bayern
StOÜbPl Neuburg-Schrobenhausen	86697	Oberhausen	Bayern

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
ehem. StÖÜPl Neuburg,Forst	86697	Oberhausen	Bayern
ehem. Schwabstadl Kaserne Obermeitingen	86836	Obermeitingen	Bayern
ehem. Standortübungsgelände Schwabstadl	86836	Obermeitingen	Bayern
ehem. Flugplatz Penzing	86929	Penzing	Bayern
Langlau 1. Lagerbezirk ehem. Bw-Munitionsdepot / Mat.-Außenlager	91738	Pfölfeld	Bayern
Langlau 2. Lagerbezirk ehem. Bw-Munitionsdepot / Mat.-Außenlager	91738	Pfölfeld	Bayern
ehem. Pionierkaserne	93053	Regensburg	Bayern
ehem. StÖÜPl Schwabach	91126	Schwabach	Bayern
Freifläche Neuwildflecken	97772	Wildflecken	Bayern
Baugrundstück Eierhauckweg	97772	Wildflecken	Bayern
Baugrundstück Wildflecken Nähe Colonel-Huff-Straße	97772	Wildflecken	Bayern
ehem. Versorgungslager Am Arnsberg	97772	Wildflecken, Markt	Bayern
ehem. StOV Wildflecken	97772	Wildflecken, Markt	Bayern
ehem. Rhönkaserne Oberwildflecken	97772	Wildflecken, Markt	Bayern
ehem. Emery Kaserne Würzburg	97080	Würzburg, Stadt	Bayern
Neuendorfer Straße 64-69, Bergstraße 7-11,	13585	Berlin	Berlin
Fürstenwalder Allee 401,	12589	Berlin	Berlin
ehem. WGT-Deponie Kummersdorf-Gut	15838	Am Mellensee	Brandenburg
ehem. WGT-Liegenschaft Kummersdorf-Gut (Reparaturwerk)	15838	Am Mellensee	Brandenburg
ehem. WGT-Wäscherei / Reinigung Kummersdorf-Gut	15838	Am Mellensee	Brandenburg
ehem. WGT Tanklager Kummersdorf-Gut	15838	Am Mellensee	Brandenburg
ehem. WGT-Kaserne "Seewerke" (Restflächen)	15306	Falkenhagen	Brandenburg
ehem. Schieß- und Ausbildungsgelände	14476	Groß Glienicke	Brandenburg
ehem. Kaserne	3253	Hennersdorf	Brandenburg

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
ehem. Kaserne	15713	Niederlehme	Brandenburg
ehem. WGT-Tanklager Sperenberg (Kerosinstelle)	14947	Nuthe-Urstromtal	Brandenburg
ehem. Kaserne Hildegardstraße	14532	Stahnsdorf	Brandenburg
bebautes Grundstück - Kommandantur Limsdorf	15859	Storkow (Mark)	Brandenburg
ehem. Kurmarkkaserne	15859	Storkow (Mark)	Brandenburg
ehem. Struzberg-Kaserne	15344	Strausberg	Brandenburg
ehem. Kaserne Mühlenweg	15344	Strausberg	Brandenburg
ehem. Kaserne Rotes Luch in Waldsiefersdorf	15377	Waldsiefersdorf	Brandenburg
Unterirdisches Tanklager Bremen-Farge	28777	Bremen	Bremen
ehem. Betriebsgrundstück	20539	Hamburg	Hamburg
Griesheim-Spargeläcker	64295	Darmstadt	Hessen
Darmstadt - Beckertanne	64295	Darmstadt	Hessen
ehem. Griesheim Airfield	64295	Darmstadt	Hessen
Ockstadt - westlich A5	61169	Friedberg (Hessen)	Hessen
ehem. Fritz-Erler-Kaserne, Fuldata	34233	Fuldata	Hessen
ehem. Munitionsanstalt Grebenhain	36355	Grebenhain	Hessen
ehem. Underwood Kaserne in Hanau	63457	Hanau	Hessen
Münchhausen-Oberasphe, ehem. Korps-Depot	35117	Münchhausen	Hessen
ehem. Bundeswehrdepot II	34599	Neuental	Hessen
ehem. Betriebstofflager Niederrhein. Str.	35260	Stadtallendorf	Hessen
ehem. Munitionsniederlage	35260	Stadtallendorf	Hessen
Wetzlar, Weinberg und Übungsplatz	35578	Wetzlar	Hessen
Wetzlar-Garbenheim, ehem StÜbPI	35578	Wetzlar	Hessen
Wetzlar, Magdalenenhausen	35578	Wetzlar	Hessen

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
ehem. Munitionsdepot	18273	Güstrow/ Devwinkel	Mecklenburg-Vorpommern
ehem. Kommandantur	19249	Lübtheen	Mecklenburg-Vorpommern
WGT-Objekt 15	19061	Schwerin-Görries	Mecklenburg-Vorpommern
ehem. Flugplatz-Trollenhagen	17039	Trollenhagen	Mecklenburg-Vorpommern
Teilfläche ehem. Fliegerhorstkaserne	17039	Trollenhagen	Mecklenburg-Vorpommern
ehem. Blücher-Kaserne	26603	Aurich	Niedersachsen
ehem. Trenchard Barracks	29223	Celle	Niedersachsen
ehem. Hinrich-Wilhelm-Kopf-Kaserne	27478	Cuxhaven	Niedersachsen
ehem. Truppenlager Ehra-Lessien	38468	Ehra-Lessien	Niedersachsen
ehem. Tanklager Breddorf	27404	Seedorf-Godenstedt	Niedersachsen
Flächen des Julius-Kühn-Instituts	38173	Sicke	Niedersachsen
ehem. Catterick-Kaserne	33605	Bielefeld	Nordrhein-Westfalen
ehem. NAAFI-Gelände	33605	Bielefeld	Nordrhein-Westfalen
ehem. Militärpolizeigelände	33605	Bielefeld	Nordrhein-Westfalen
ehem. brit. Sportplatzgelände Jagdweg Bielefeld	33604	Bielefeld	Nordrhein-Westfalen
ehem. Rochdale-Kaserne in Bielefeld	33604	Bielefeld	Nordrhein-Westfalen
ehem. Cortemarck-Kaserne	33142	Büren	Nordrhein-Westfalen
Flüchtlingsunterkunft Düren-Gürzenich	52355	Düren	Nordrhein-Westfalen
ehem. Kaserne Gürzenich-Wald, Munitionsdepot	52355	Düren	Nordrhein-Westfalen
Zufahrtsstraße Gürzenich-Wald	52355	Düren	Nordrhein-Westfalen
ehem. StOÜbPl Aaper Wald	40213	Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen
ehem. Bergische Kaserne	40629	Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen
ehem. Camp Reine Astrid	52249	Eschweiler	Nordrhein-Westfalen
ehem. POL-Depot	48351	Everswinkel	Nordrhein-Westfalen

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
ehem. Flugplatz Gütersloh (Princess Royal Barracks)	33334	Gütersloh	Nordrhein-Westfalen
ehem. Mansergh-Barracks in Gütersloh	33332	Gütersloh	Nordrhein-Westfalen
Übungsplatz Haltern-Lavesum	45721	Haltern am See, Stadt	Nordrhein-Westfalen
ehem. Newcastle-Kaserne nebst Windsor-Girls-School	59071	Hamm	Nordrhein-Westfalen
ehem. Newcastle-Kaserne	59071	Hamm	Nordrhein-Westfalen
Standortmunitionsniederlage Ahlen	59073	Hamm	Nordrhein-Westfalen
ehem. Harewood-Kaserne	32049	Herford	Nordrhein-Westfalen
ehem. Standortschießanlage	58640	Iserlohn	Nordrhein-Westfalen
ehem. Kaserne Brasseur	51149	Köln	Nordrhein-Westfalen
ehem. Militärliegenschaft Lager Lind	51147	Köln	Nordrhein-Westfalen
ehem. Francisca Barracks	47804	Krefeld, Stadt	Nordrhein-Westfalen
ehem. Gut Denkmal	32425	Minden	Nordrhein-Westfalen
ehem. Wegberger Militärkomplex	41179	Mönchengladbach	Nordrhein-Westfalen
ehem. Niederrheinkaserne	41065	Mönchengladbach	Nordrhein-Westfalen
ehem. NATO Hauptquartier JHQ	41179	Mönchengladbach	Nordrhein-Westfalen
ehem. Blücher-Kaserne	48149	Münster	Nordrhein-Westfalen
ehem. Militärliegenschaft Javelin Barracks	41372	Niederkrüchten	Nordrhein-Westfalen
ehem. Dempsey-Kaserne	33098	Paderborn	Nordrhein-Westfalen
ehem. Munitionsdepot Reichshof	51580	Reichshof	Nordrhein-Westfalen
ehem. NIKE-Stellung	48432	Rheine	Nordrhein-Westfalen
ehem. Flugplatz	48432	Rheine	Nordrhein-Westfalen
ehem. Gerätehauptdepot Selm-Bork	59379	Selm	Nordrhein-Westfalen
ehem. Munitionslager Wellersberg	57072	Siegen	Nordrhein-Westfalen
ehem. Kanaal-van-Wessem-Kaserne	59494	Soest	Nordrhein-Westfalen

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
ehem.Camp Altenrath	53842	Troisdorf	Nordrhein-Westfalen
ehem. StÜbPl Mesenberg	54518	Bergweiler	Rheinland-Pfalz
ehem. Mobilmachungs-Stützpunkt	55494	Dichtelbach	Rheinland-Pfalz
ehemaliges Lager Stegskopf	57520	Emmerzhausen	Rheinland-Pfalz
ehem. Mobilmachungs-Stützpunkt	57520	Emmerzhausen	Rheinland-Pfalz
Germersheim Gleisanschluss	76726	Germersheim	Rheinland-Pfalz
ehem. Straßburg-Kaserne	55743	Idar-Oberstein	Rheinland-Pfalz
ehem. Quartiermaster-Depot	67657	Kaiserslautern	Rheinland-Pfalz
Teile ehem. Lager Haide	67292	Kirchheimbolanden	Rheinland-Pfalz
ehem. Uffz-Krüger-Kaserne	66869	Kusel	Rheinland-Pfalz
ehem. ÜbPl Fröhnerhof	67678	Mehlingen	Rheinland-Pfalz
ehem. Kurpfalz-Kaserne	67346	Speyer	Rheinland-Pfalz
ehem. Munitionsdepot Vogelgesang	04880	Elsnig	Sachsen
ehem. Munitionsdepot Vogelgesang - Waldflächen	04880	Elsnig	Sachsen
ehem. Munitionslager Mockrehna	04862	Mockrehna	Sachsen
ehem. MDSG-Objekt Kossa	40849	Söllichau/ Kossa	Sachsen
ehem. Flugplatz Krähenberge	39288	Burg, Stadt	Sachsen-Anhalt
ehem. Tanklager	39317	Elbe-Parey	Sachsen-Anhalt
ehem. Übungsplatz	38820	Halberstadt, Stadt	Sachsen-Anhalt
ehem. Puschkinkaserne	39576	Hansestadt Stendal	Sachsen-Anhalt
ehem. Schießanlage	39638	Jävenitz	Sachsen-Anhalt
ehem. Kaserne	39218	Schönebeck (Elbe)	Sachsen-Anhalt
ehem. Standortschieß-anlage Altenholz	24161	Altenholz	Schleswig-Holstein
unbebautes Grundstück	24944	Flensburg, Stadt	Schleswig-Holstein

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
ehem. Flugplatz Uetersen	25492	Heist	Schleswig-Holstein
ehem. Flugplatz Kampen	25999	Kampen (Sylt)	Schleswig-Holstein
ehem. Bundeswehrfachschule nebst Aula	24106	Kiel	Schleswig-Holstein
ehem. Bundeswehrfachschule und Teile der Marinetechnikschule	24106	Kiel	Schleswig-Holstein
ehem. Flugplatz Kiel-Holtenau, Südbereich	24159	Kiel	Schleswig-Holstein
Gelände Kiel-Schusterkrug	24159	Kiel	Schleswig-Holstein
Scheerhafenkomplex Kiel-Wik	24106	Kiel	Schleswig-Holstein
unbeb. Gelände am Scheerhafen / Mecklenburger Str.	24106	Kiel	Schleswig-Holstein
unbeb. Grdstück in 24109 Kiel	24109	Kiel	Schleswig-Holstein
ehem. Materialdepot Kiel-Wik (SVA)	24106	Kiel	Schleswig-Holstein
Gelände in der Gemarkung Leck	25917	Leck	Schleswig-Holstein
ehem. Flugplatz	25917	Leck	Schleswig-Holstein
ehem. Patriot Stellung Leck	25917	Leck	Schleswig-Holstein
Teilfläche ehem. Patriot-Stellung Leck	25917	Leck	Schleswig-Holstein
ehem. Standortmunitionsniederlage Lübeck-Wüstenei	23556	Lübeck	Schleswig-Holstein
ehem. Hindenburg-Kaserne	24534	Neumünster	Schleswig-Holstein
ehem. Stapelholmer Kaserne	25878	Seeth	Schleswig-Holstein
Teile ehem. Flugplatz Westerland	25980	Sylt-Ost	Schleswig-Holstein
ehem. Standortschießanlage	23826	Todesfelde	Schleswig-Holstein

Anlage 2: Im ersten Halbjahr identifizierte zusätzliche Moratoriumsliegenschaften

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
Mühlhausen, Viesenhäuser Hof	70378	Stuttgart	Baden-Württemberg
landwirtschaftliche Grundstücke	91257	Pegnitz	Bayern
Rottershausen ehem. US-Munitionsniederl.	97720	Nüdlingen	Bayern
Kummersdorf Försterwiese	15838	Am Mellensee	Brandenburg
Lausitz-Kaserne	3253	Doberlug-Kirchhain	Brandenburg
Glashütte	16909	Gadow	Brandenburg
ehem. Sicherungsfläche Glöwen	19339	Plattenburg	Brandenburg
ehem. Ray-Barracks	61169	Friedberg	Hessen
Flächen des Julius-Kühn-Instituts	3	Lehre	Niedersachsen
ehem. Mobilmachungs-stützpunkt III	59227	Ahlen	Nordrhein-Westfalen
ehem. Militärliegenschaft Camp B	52351	Düren	Nordrhein-Westfalen
ehem. NATO-Tanklager Everswinkel	48351	Everswinkel	Nordrhein-Westfalen
Restgrundstücke ehem. Truppenlager Olpe	57258	Freudenberg	Nordrhein-Westfalen
Munitionsdepot Hilstrup	48163	Münster	Nordrhein-Westfalen
ehem. Übungsplatz Warburg a.d. B7	34434	Warburg	Nordrhein-Westfalen
ehem. Munlager Hochspeyer	67691	Hochspeyer	Rheinland-Pfalz
Munitionshauptdepot Rheinböllen	55494	Rheinböllen	Rheinland-Pfalz
ehem. NATO Flugplatz Sembach	67681	Sembach	Rheinland-Pfalz
Flur 13	38889	Blankenburg (Harz)	Sachsen-Anhalt
Breitscheidstr.	39114	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
ehem. Flugplatz Merseburg	06217	Merseburg	Sachsen-Anhalt
ehem. sowjetische-Kaserne	06217	Merseburg	Sachsen-Anhalt
ehem. sowjetischer Übungsplatz	06618	Naumburg	Sachsen-Anhalt

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
ehem. sowjetische-Kaserne Naumburg	06618	Naumburg	Sachsen-Anhalt
Flemminger Weg Naumburg	06628	Naumburg	Sachsen-Anhalt
ehem. Lüttich Kaserne	06618	Naumburg	Sachsen-Anhalt
ehem. Kaserne Nordendstraße	06886	Wittenberg	Sachsen-Anhalt

Anlage 3: Bis Juli 2026 freigegebene Moratoriumsliegenschaften

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
ehemalige Kaserne Heid	77855	Achern	Baden-Württemberg
Efringen-Kirchen, Engetalstraße 2+4	79588	Efringen-Kirchen	Baden-Württemberg
techn. Bereich / Teilfläche Mühlberg	73479	Ellwangen	Baden-Württemberg
Schießstand Rammersweier	77652	Offenburg	Baden-Württemberg
Übungsgelände + Zufahrt Schießanlage	76287	Rheinstetten	Baden-Württemberg
landwirtschaftliches Grundstück Altenstadt	86972	Altenstadt	Bayern
ehem. BwDLZ Landsberg Außenstelle Mittenwald	82481	Mittenwald	Bayern
ehem. Flugplatz Penzing	86929	Penzing	Bayern
ehem. Pionierkaserne	93053	Regensburg	Bayern
ehem. WGT-Deponie Kummersdorf-Gut	15838	Am Mellensee	Brandenburg
ehem. WGT-Liegenschaft Kummersdorf- Gut (Reparaturwerk)	15838	Am Mellensee	Brandenburg
ehem. WGT-Wäscherei / Reinigung Kummersdorf-Gut	15838	Am Mellensee	Brandenburg
ehem. WGT Tanklager Kummersdorf-Gut	15838	Am Mellensee	Brandenburg
bebautes Grundstück - Kommandantur Limsdorf	15859	Storkow (Mark)	Brandenburg
ehem. Betriebsgrundstück	20539	Hamburg	Hamburg
Darmstadt - Beckertanne	64295	Darmstadt	Hessen
ehem. Griesheim Airfield	64295	Darmstadt	Hessen
ehem. Fritz-Erler-Kaserne, Fuldata	34233	Fuldata	Hessen
Wetzlar, Weinberg und Übungsplatz	35578	Wetzlar	Hessen
ehem. Kommandantur	19249	Lübtheen	Mecklenburg- Vorpommern
WGT-Objekt 15	19061	Schwerin	Mecklenburg- Vorpommern
Flächen des Julius-Kühn-Instituts	38173	Sicke	Niedersachsen
ehem. Cortemarck-Kaserne	33142	Büren	Nordrhein-Westfalen

Bezeichnung	PLZ	Ort	Bundesland
Übungsplatz Haltern-Lavesum	45721	Haltern am See	Nordrhein-Westfalen
ehem. Newcastle-Kaserne nebst Windsor-Girls-School	59071	Hamm	Nordrhein-Westfalen
ehem. Newcastle-Kaserne	59071	Hamm	Nordrhein-Westfalen
ehem. Kaserne Brasseur	51149	Köln	Nordrhein-Westfalen
ehem. Niederrheinkaserne	41065	Mönchengladbach	Nordrhein-Westfalen
ehem. Blücher-Kaserne	48149	Münster	Nordrhein-Westfalen
ehem. Camp Altenrath	53842	Troisdorf	Nordrhein-Westfalen
Germersheim Gleisanschluss	76726	Germersheim	Rheinland-Pfalz
ehem. ÜbPl Fröhnerhof	67678	Mehlingen	Rheinland-Pfalz
ehem. Standortschieß-anlage Altenholz	24161	Altenholz	Schleswig-Holstein
Naherholungsgebiet Fahrensodde	24944	Flensburg	Schleswig-Holstein
ehem. Flugplatz Kampen	25999	Kampen (Sylt)	Schleswig-Holstein
Gelände in der Gemarkung Leck	25917	Leck	Schleswig-Holstein
ehem. Flugplatz	25917	Leck	Schleswig-Holstein
ehem. Patriot Stellung Leck	25917	Leck	Schleswig-Holstein
ehem. Stapelholmer Kaserne	25878	Seeth	Schleswig-Holstein
Teile ehem. Flugplatz Westerland	25980	Sylt-Ost	Schleswig-Holstein

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Verteidigung
Hauptabteilung Aufwuchs
Stauffenbergstraße 18
10785 Berlin

Stand

Juli 2026

Gestaltung

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz
und Dienstleistungen der Bundeswehr
Presse- und Informationszentrum
Fontainengraben 200
53123 Bonn

Druck

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz
und Dienstleistungen der Bundeswehr
DL I 4, Zentraldruckerei BAIUDBw
Fontainengraben 200
53123 Bonn

Weitere Informationen im Internet unter

www.bmvg.de
www.bundeswehr.de

Hinweis

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
des Bundesministeriums der Verteidigung.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.



BUNDESWEHR